Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 6.—, Halbjährig Mk. 12.—, Ganzj. Mk. 24.—, Einzelnummer 50 Pf. — Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung d. „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile 70 Pf. — Wiederhol. Rabatt. — Familien-Anz. Ermäßigung. — Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdisch. Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheck-Konto: München 3987.

Ausgabe A | Nr. 25 / 24. Juni 1921 | 8. Jahrgang

1921 Wochenkalender 5681

	Juni	Siwan	Bemerkung
Sonntag	26	20	
Montag	27	21	
Dienstag	28	22	
Mittwoch	29	23	
Donnerstag	30	24	
Freitag	Juli 1	25	
Samstag	2	26	מברכין החדש

Das Jüdische Echo

Nummer 25 | 24. Juni 1921 | 8. Jahrgang

Die Krise.

Die Reden Samuels und Churchills haben die Situation Palästinas halbwegs geklärt. Besonders bedeutsam ist die entschiedene Erklärung Churchills im englischen Parlament über die Berechtigung der zionistischen Hoffnungen auf Palästina und seine wiederholte Feststellung über Englands Festhalten an der Balfour-Deklaration. Es war nötig, daß dies von der englischen Regierung wieder betont wurde, obwohl es eigentlich selbstverständlich ist, und es ist nötig, daß England mit der erforderlichen Energie den arabischen Hetzern gegenüber tritt, denn die Hetze und die ihr folgenden blutigen Ausschreitungen können nur enden, wenn die Arrangeure absolut auf die Hoffnung verzichten müssen, durch Terror gegen die Juden England zur Umkehr in Palästina zu zwingen. Aus diesem Grunde bleibt die mehr als vorsichtige Formulierung Samuels zu bedauern. Es wäre nötig gewesen, daß er mehr Entschiedenheit und Schärfe gegen die arabischen Mörder und vor allem gegen die Anstifter der Unruhen gefunden hätte.

Zweifellos wird aber als Resultat der beiden Erklärungen und leider als Resultat der Unruhen damit zu rechnen sein, daß die jüdische Einwanderung in Palästina wesentlich anders gehandhabt werden wird als bisher. Ob das bedeutet, daß die Einwanderung eingeschränkt werden wird, bleibt lediglich Sache der Zionisten und des jüdischen Volkes. Es kann unter Umständen heilsam sein, daß wir gezwungen sind, zuerst Arbeitsgelegenheit zu schaffen, bevor die Menschen nach Palästina kommen dürfen und besser so, als eine wirtschaftliche Katastrophe, die hätte kommen können bei einer ungeregelten Einwanderung. Vielleicht werden die Zionisten endlich begreifen, daß es keinen Sinn hat, die kostbare Zeit mit inneren Kämpfen über die Form des Keren-Hajessod und sonstige, an sich vielleicht bedeutsame aber im Augenblick und im Verhältnis zur Aufgabe wenig belangreiche Dinge zu vergeuden. Vielleicht und hoffentlich hat das Unglück von Jaffa und seine politischen Folgen, hat der Zwang, nunmehr endlich sehr schnell Mittel für den Aufbau zu schaffen, die Wirkung, daß in Amerika die bitter nötige Einigung erfolgt. Vor allem aber werden hoffentlich endlich alle diejenigen Juden, die sich immer als „gute Juden" bezeichnen, einsehen, daß es höchste Zeit für sie ist, zum Aufbau Palästinas beizutragen, und daß man sich als guter Jude nur bezeichnen kann, wenn man dem jüdischen Volke die in diesem kritischen, entscheidenden Moment so dringend nötigen Opfer bringt.

Es wird gegen Samuel der Vorwurf erhoben, daß er in seiner Rede zuviel Entgegenkommen gegen die Araber gezeigt habe. Auch wir sind der Meinung, daß, wenngleich natürlich die Beruhigung des Landes das Allerwichtigste ist, es Samuels Pflicht gewesen wäre, durch mehr Entschiedenheit zu zeigen, daß keine Hoffnung besteht, durch Unruhen und Morde die jüdische Ansiedlung zu unterbinden. Samuel geht offenbar in dem Bestreben, auch als Zionist die Objektivität zu zeigen, die seinem Amte zukommt, viel zu weit, weiter als in seiner Stellung ein dem Zionismus wohlwollender Nichtjude gehen könnte und Samuel darf bei aller Objektivität nicht vergessen, daß er gerade als Zionist von der englischen Regierung auf seinen Posten entsandt wurde und daß er in gleicher Weise Beauftragter Englands und des jüdischen Volkes ist. Aber gleichviel, ob die Vorwürfe gegen ihn berechtigt sind oder nicht, es kann und soll uns heilsam sein, daß wir gezwungen sind, zu schaffen statt zu debattieren. Alle in Frage kommenden Faktoren, die zionistische Leitung in erster Linie, dann die Zionisten und alle Juden der Welt haben die moralische Pflicht, die Aufgaben der Stunde zu erfassen. Entscheidend für das Gelingen oder das Mißlingen des Palästinawerkes werden die nächsten Jahre, vielleicht sogar die Leistungen der nächsten Monate sein. Es gibt keinen Grund und kein Recht zur Skepsis, sondern nur die Pflicht zur erhöhten Anstrengung. Unter dem Zwang der neuen Bedingungen in Palästina muß sich die ernste geschlossene Arbeit der Zionisten und des ganzen jüdischen Volkes entwickeln. Vor allem muß die zionistische Leitung mit klaren reifen Aufbauplänen hervortreten und für diese werden sowohl allgemeine Mittel, als privates Kapital aufzurufen sein. Zwei Monate trennen uns noch vom Zionistenkongreß. Bis dahin muß volle Klarheit über die Pläne und die Aktionskraft der Organisation — und Beendigung des inneren Streites erfolgt sein. Die Stunde ist ernst. Verstehen alle Faktoren — die zionistische Leitung, die Zionisten und die Juden der Welt — ihre Mahnung, so wird die neue Situation in Palästina heilsam wirken.

Herbert Samuels Rede vom 3. Juni.

Die Einschränkung der Einwanderung.

Am 3. Juni, dem Geburtstag des englischen Königs, hielt der Oberkommissar Herbert Samuel in Jerusalem eine Rede, in der er die gegenwärtige Situation behandelte. Das Zionistische Büro in London hat folgenden telegraphischen Wortlaut aus Jerusalem übermittelt erhalten:

„Ich freue mich, feststellen zu können, daß im Volke ein lebhaftes Bedürfnis besteht, die Wohltaten der Erziehung zu genießen; dies ist in der Tat die erste Vorbedingung eines nationalen Fortschritts. Die Regierung hat ein umfassendes Schema ausgearbeitet, nach dem in einem Zeitraum von vier Jahren das ganzen Land mit Schulen bedeckt sein wird. Die Bevölkerung der Ortschaften muß die Gebäude und die Einrichtung beistellen, die Regierung wird die Gehälter der Lehrer und die anderen Kosten der Erhaltung beitragen. Während der letzten fünf Monate sind 34 neue Dorfschulen eröffnet worden, welche 1360 Kindern Elementarunterricht gewähren, während 46 vom Staate unterstützte Schulen, welche in den letzten zwei Jahren von der Bevölkerung selbst eröffnet worden waren, ebenfalls von der Regierung übernommen worden sind. 36 weitere Schulen werden während des laufenden Verwal-

tungsjahres eröffnet werden. Gleichzeitig werden Maßnahmen ergriffen werden für die Entwicklung der zwei Lehrerseminare für Lehrer und Lehrerinnen. Es sind auch Lehrer bestellt worden, die in den Beduinenlagern leben und dort die Kinder unterrichten. All dies wurde von den allgemeinen Einnahmen des Landes geleistet, ohne Notwendigkeit einer besonderen Besteuerung. Unterstützungen werden einer großen Anzahl von Schulen gegeben, die von Religionsgemeinschaften und anderen Organisationen erhalten werden.

Ich komme jetzt zur politischen Situation. Ich bedauere außerordentlich, daß die Harmonie zwischen den Glaubensbekenntnissen und Völkern Palästinas, die herzustellen mein ernstestes Bestreben war, noch nicht erzielt worden ist, und ich habe sorgfältige Aufmerksamkeit den Maßregeln gewidmet, welche zu ihrer Sicherung geeignet sind. Zunächst möchte ich nochmals auf das unglückselige Mißverständnis zurückkommen, welches inbezug auf die Formel der Balfour-Deklaration — die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina — entstanden ist. Ich höre immer wieder, in vielen Kreisen, daß die arabische Bevölkerung Palästinas niemals ihre Zustimmung dazu geben wird, daß ihr Land, ihre heiligen Stätten und ihre Äcker ihnen weggenommen und Fremden gegeben werden; daß sie niemals ihre Zustimmung geben werden, daß eine jüdische Regierung eingesetzt wird, um die moslemische und christliche Majorität zu beherrschen. Die Leute sagen, sie können nicht verstehen, wieso die britische Regierung, deren Gerechtigkeit in der ganzen Welt bekannt ist, jemals zu einer solchen Politik ihre Zustimmung geben konnte. Ich antworte, daß die britische Regierung, welche in der Tat die Gerechtigkeit über alles stellt, niemals einer derartigen Politik zugestimmt hat und niemals zustimmen wird. Das ist nicht der Sinn der Balfour-Deklaration. Vielleicht bringt die Übersetzung des englischen Textes ins Arabische nicht den wirklichen Sinn der Worte zum Ausdruck; sie bedeuten, daß den Juden, einem Volk, welches über die ganze Welt zerstreut ist, dessen Herzen aber stets nach Palästina gerichtet waren, die Möglichkeit gegeben wird, hier ihre Heimat zu finden und daß eine Anzahl von ihnen — innerhalb der Grenzen, welche durch die Zahl und die Interessen der gegenwärtigen Bevölkerung gegeben sind — nach Palästina kommen soll, um durch ihre Mittel und Kräfte dazu beizutragen, das Land zum Vorteil aller seiner Bewohner zu entwickeln. Wenn irgendwelche Maßnahmen notwendig sind, um die moslemische und christliche Bevölkerung zu überzeugen, daß diese Prinzipien in der Praxis werden beobachtet werden und daß ihre Rechte wirklich sicher sind, dann werden solche Maßregeln ergriffen werden. Denn die britische Regierung, welcher durch das Mandat das Glück der palästinensischen Bevölkerung anvertraut ist, wird niemals eine Politik zulassen, welche diese Bevölkerung begründeterweise als mit ihren religiösen, politischen oder ökonomischen Interessen in Widerspruch stehend empfinden könnte.

Was die Immigration betriff, so ist es in der Tat notwendig, daß ihr Umfang genau im Verhältnis steht zu der Beschäftigung, die die Immigranten im Lande finden können und ferner, daß diese Beschäftigung neue Arbeiten betrifft und Arbeiten von dauerndem Charakter. Die Immigration wurde eingestellt während der Untersuchung der Situation; sodann wurden Bestimmungen festgelegt, wonach Personen folgender Kategorien nach Palästina hereingelassen werden:

Reisende, Personen mit selbständigem Vermögen, Fachleute, Verwandte palästinensischer Einwohner, welche von diesen wirtschaftlich ganz abhängen, und Personen, welche definitive Aussicht auf Beschäftigung haben, wobei der Arbeitgeber bzw. die Unternehmung genau angegeben sein muß. Hinzu kommt noch eine beschränkte Anzahl von Personen, welche zur Zeit der Verhängung des Einwanderungsverbotes gerade eingetroffen ist oder in europäischen Häfen eingeschifft wurde, denen jetzt gestattet werden wird, ins Land zu kommen. Aber es muß endgültig anerkannt werden, daß die Bedingungen Palästinas derart sind, daß sie nichts Derartiges wie eine Massenimmigration zulassen.

Ich bin ängstlich darauf bedacht, daß die palästinensische Bevölkerung inniger mit der unter dem Mandat eingesetzten Verwaltung verbunden wird, und die Frage, in welcher Weise eine freie und anerkannte Meinungsäußerung gesichert werden kann, findet gegenwärtig die größte Beachtung der Londoner Regierung. Inzwischen schlage ich vor, sofort Schritte zu unternehmen, um eine innigere Beratung über wichtigere Verwaltungsmaßnahmen zwischen der Regierung und verantwortlichen Personen, die namens aller Teile der Bevölkerung sprechen, zu sichern. Es ist die Absicht der britischen Regierung, nach dem Inkrafttreten des Mandats Anstalten zu treffen für die palästinensische Regierung. Die Interessen der nichtjüdischen Bevölkerung sollen nicht nur vollkommen durch das Mandat selbst sichergestellt werden, sondern es werden sicherlich in diesem Dokument auch Einrichtungen dafür vorgesehen werden. Schon jüngst wurde in Aussicht gestellt, daß Schritte unternommen werden, um das System der Wahl der Stadtverwaltungen wieder einzuführen.

Was die ernsten Unruhen betrifft, die jüngst in Jaffa und Umgebung stattgefunden haben, erwarte ich den Bericht der unparteiischen Kommission, welche jetzt die Ereignisse und ihre Ursachen untersucht, bevor ich selbst meine Meinung äußere. Sicher ist jedoch, daß nichts die schweren Verbrechen, Morde, Überfälle, Räubereien entschuldigen kann, welche dabei stattgefunden haben. Eine große Zahl von Fällen sind jetzt im Stadium der Untersuchung, und diejenigen Personen, welche an den Verbrechen schuldig befunden werden, sollen ihre verdiente Strafe empfangen. Den Familien der Getöteten und den Geschädigten spreche ich meine herzliche Teilnahme aus."

Churchills Parlamentsrede über Palästina.

Churchill hat im englischen Unterhaus seine lang erwartete Erklärung zur Lage in Palästina

abgegeben, die wir nachstehend nach einer Londoner Meldung der „Wiener Morgenzeitung" veröffentlichen:

„Wir können nicht erlauben, daß die Juden von den gegen sie aufgereizten Arabern mißhandelt werden. Das palästinensische Problem sei gegenwärtig viel schwieriger als das mesopotamische, vom militärischen Standpunkt aus jedoch viel leichter. Die einzige Ursache der Unruhen in Palästina liege in der zionistischen Bewegung und in den britischen Versprechungen. Dies sei aber noch kein Grund, um die auf Englands Kosten in Palästina unterhaltene, größtenteils aus regulären Vorkriegsverbänden bestehende Garnison zu reduzieren. Wenn sie daher nicht in Palästina stationiert wären, würden sie irgend anderswo stationiert sein müssen, außer daß das Haus ihre Auflösung beschließen würde. Englands Haltung gegenüber den Juden sei von der Balfour-Deklaration vorgeschrieben, die vom Obersten alliierten Rat in San Remo bestätigt wurde. Ihr Wesen sei im Mandatsentwurf niedergelegt, der in kurzem dem Völkerbund unterbreitet werden soll. Die Schwierigkeiten, die sich aus diesem Versprechen ergeben, kommen daher, daß es mit unserer üblichen Politik der Befragung des Volkes in den Mandatsgebieten und Gewährung autonomer Institutionen an dasselbe kollidiert. In diesem Falle würde eben eine autonome Behörde sofort die jüdische Einwanderung einstellen. Es gebe zwar viele Schwierigkeiten, man werde aber mit Geduld, Kaltblütigkeit und ein wenig Glück einen Ausweg finden.

Die Einwanderung und die sie begleitende Propaganda haben die arabische Bevölkerung stark aufgereizt. Die Zionisten haben jedoch das vollkommene Recht, ihre Hoffnungen inbezug auf die Zukunft Palästinas auszudrücken. Die Araber glauben, daß sie in den nächsten Jahren von Tausenden von Einwanderern aus Mittel- und Osteuropa werden weggefegt werden. Diese Furcht sei ganz illusorisch und das müsse man den Arabern beibringen. Redner habe jedoch Vertrauen zu Sir Herbert Samuel, der ein ebenso fähiger, praktischer und liberaler Politiker als ein heißer Zionist sei, der Vertrauen und Unterstützung verdiene. Er gab vor kurzem eine Erklärung ab, in der er die Bedeutung der Balfour-Deklaration erläuterte. Die Araber haben wahrlich keinen Grund zu Befürchtungen. Die jüdische Einwanderung sei sorgfältig überwacht sowohl inbezug auf die Zahl als auch inbezug auf den Charakter der Einwanderer.

Wer die von den Juden in Palästina geleistete Arbeit sehe, müßte von den von ihnen erreichten produktiven Erfolgen ungemein überrascht werden. Redner zweifle, ob jemand, der dies gesehen hätte, sagen könne, die britische Regierung könne ihre eingenommene Haltung aufgeben und dies alles über den Haufen werfen, damit diese Erfolge durch einen fanatischen Überfall der arabischen Bevölkerung in roher und brutaler Weise vernichtet werde.

Bei entsprechender Entwicklung der natürlichen Quellen Palästinas, und wenn sich das jüdische Kapital dem Wiederaufbau des Landes zur Verfügung stelle, werde es jährlich neue Unterhaltsmöglichkeiten für eine angemessene Anzahl jüdischer Einwanderer geben.

Man könne nicht erlauben, daß die jüdischen Kolonien zerstört oder die ganze zukünftige jüdische Einwanderung eingestellt werde, ohne daß das britische Wort im ganzen Osten seine Geltung verliere.

Sollte den Arabern autonome Institutionen gewährt werden, so würde man mit ihnen zu einem definitiven Übereinkommen gelangen müssen, das die Einwanderung der Juden ins Land sicherstellen werde.

Unsere Aufgabe ist es — sagte Churchill — um mit den Worten des verstorbenen Lord Salisbury zu sprechen — die eine Partie zu Konzessionen, die andere zum Vergeben zu überreden, jedem einen entsprechenden Spielraum zu lassen, um die Einnahme dieser Haltung für beide Parteien zu sichern."

Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden.

Am 19. und 20. Juni fand die erste Tagung des Verbandes in Nürnberg statt. Nachdem in den Vor- und Nachmittagsstunden der Rat in nichtöffentlichen Sitzungen Beschlüsse über die Vorlagen, die bei der Tagung zu behandeln waren, gefaßt und die Wahlen innerhalb des Rates vorgenommen hatte, begannen abends 6 Uhr die Verhandlungen der Tagung.

Wir behalten uns vor, über dieselben in der nächsten Nummer ausführlicher zu berichten und möchten heute nur bemerken, daß der Verlauf dieser ersten Tagung ein äußerst befriedigender war. Die Reden und Referate waren sämtlich in Inhalt und Form auf einer solchen Höhe, das sie manchem Staatsparlament zum Muster dienen könnten; auch die kurzen Debatten wurden in der gleichen Weise geführt und wenn die Tagung einen so harmonischen Verlauf nahm, so ist dies nicht zum Geringsten dem Präsidenten des Rates, Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, und den Referenten, sowie der geschickten und äußerst unparteiischen Leitung der Tagung, des Herrn Rat am obersten Landesgericht und Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Silberschmidt, zu danken. Auch die verschiedenen Parteileiter hatten sich bemüht, in Aussicht stehende kleine Differenzen in ruhiger und friedlicher Weise zum Ausgleich zu bringen, und so konnten alle Teilnehmer den besten Eindruck mit nach Hause nehmen.

Die Wahlen der Präsidien des Rates und der Tagung, die durch Zuruf stattfanden, hatten folgendes Resultat:

a) Rat:

I. Präsident: Oberlandesgerichtsrat Dr. Alfred Neumeyer, München; Stellvertreter: Distr.-Rabbiner Dr. Meyer, Regensburg; Justizrat Dr. Hommel, Schweinfurt; I. Schriftführer: Rechtsanwalt Dr. Elias Straus, München; II. Schriftführer: Lehrer Dingfelder, München; I. Schatzmeister: Ludwig Rosenzweig, Nürnberg; II. Schatzmeister: Albert Joseph, Landau (Pfalz).

b) Tagung:

I. Präsident: Rat am obersten Landesgericht und Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Silberschmidt, München; II. Präsident: Rabbiner Dr. Stein, Schweinfurt; III. Präsident: Justizrat Dr. Haas, Würzburg; I. Schriftführer: Bankier Julius Wassermann, Bamberg; II. Schriftführer: Kaufmann Ludwig Dietenhöfer, Ansbach.

Hoffen wir, daß der gleiche Geist und die friedliche Arbeit auch ferner der Tätigkeit des Verbandes zum Segen des bayerischen Judentums beschieden sein möge. J. F.

Albert Einstein

Wie ich Zionist wurde.

Bis vor einer Generation betrachteten sich die Juden Deutschlands nicht als Angehörige des jüdischen Volkes. Sie fühlten sich lediglich als Mitglieder einer Religionsgemeinschaft und viele von ihnen stehen noch heute auf diesem Standpunkt. Sie sind in der Tat viel assimilierter als die russischen Juden. Sie sind in gemischte Schulen gegangen und haben sich dem deutschen Volks- und Kulturleben angepaßt. Dennoch und trotz der offiziellen Gleichberechtigung, die sie genießen, besteht ein kräftiger sozialer Antisemitismus. Und es sind gerade die gebildeten Kreise, die sich zum Träger der antisemitischen Bewegung gemacht haben. Sie haben sogar eine „Wissenschaft" des Antisemitismus aufgebaut, während die Gebildeten Rußlands, zumindest vor dem Kriege, im allgemeinen philosemitisch waren und häufig ehrliche Anstrengungen machten, die antisemitische Bewegung zu bekämpfen. Das hängt mit verschiedenen Ursachen zusammen. Zum Teile hat diese Erscheinung ihre Ursache darin, daß die Juden einen weit über ihre Zahl hinausgehenden Einfluß auf das geistige Leben des deutschen Volkes ausüben. Während man nach meinem Dafürhalten die ökonomischen Positionen der deutschen Juden gewaltig überschätzt, ist in der Tat der Einfluß der Juden auf Presse, Literatur und Wissenschaft in Deutschland sehr stark und drängt sich auch dem oberflächlichen Beobachter auf. Es gibt sehr viele, die eigentlich keine Antisemiten sind und in ihrer Argumentation ehrlich sind. Sie betrachten die Juden als eine von der deutschen verschiedene Nationalität und fühlen sich darum durch den wachsenden jüdischen Einfluß in ihrer nationalen Eigenart bedroht. Wiewohl vielleicht der Prozentsatz der Juden in England zum Beispiel nicht viel unbedeutender ist als in Deutschland, üben die englischen Juden sicherlich nicht die gleiche Wirkung auf die englische Gesellschaft und Kultur aus, obwohl ihnen dort die höchsten amtlichen Stellen zugänglich sind und ein Jude — was in Deutschland nahezu undenkbar ist — zum obersten Richter oder zum Vizekönig Indiens ernannt werden kann.

Vielfach ist der Antisemitismus eine Frage politischen Kalküls. Es hängt oft nur von der Partei ab, der jemand angehört, ob er sich zum Antisemitismus bekennen wird. Ein Sozialist wird, auch wenn er ein überzeugter Antisemit ist, seine Gesinnung nicht bekennen oder betätigen, weil dies nicht in das Programm seiner Partei paßt. Bei den Konservativen wiederum entspringt der Antisemitismus oft nur dem Wunsch nach der Ausnützung von Instinkten, die in der Bevölkerung vorhanden sind. In einem Lande wie England, wo der jüdische Einfluß kleiner und die Reaktion der Nichtjuden darum viel geringer ist, hemmt der Bestand alter, eingewurzelter liberaler Traditionen das schnelle Wachstum des Antisemitismus. Ich sage das, ohne mich auf persönliche Kenntnis des Landes berufen zu können. Ich war nie in England. Dennoch war schon die Haltung, welche die englische Wissenschaft und Presse gegenüber meiner Theorie einnahmen, recht kennzeichnend. Während im allgemeinen in Deutschland die Beurteilung meiner Theorie von der Parteistellung der Blätter abhing, hat die Haltung der englischen Wissenschaftler bewiesen, daß ihr Sinn für Objektivität sich nicht durch politische Gesichtspunkte trüben läßt. Die Engländer haben — was ich hier hinzufügen möchte — überhaupt auf die Entwicklung unserer Wissenschaft in hohem Maße eingewirkt und die Prüfung der Relativitätstheorie mit besonderer Energie und besonderem Erfolg in Angriff genommen. Während in Amerika der Antisemitismus nur soziale Formen annimmt, macht sich in Deutschland der gesellschaftliche Antisemitismus noch viel stärker als der soziale bemerkbar. Ich sehe die Sache so an, daß die Tatsache der rassenhaften Besonderheit der Juden notwendigerweise ihre gesellschaftlichen Beziehungen zu den Nichtjuden beeinflußen muß. Die Konsequenz, die die Juden meines Erachtens daraus ziehen müßten, ist, der Tatsache ihrer Besonderheit in ihrer sozialen Lebensweise und ihren kulturellen Leistungen Rechnung zu tragen. Zunächst müßten sie eine gewisse vornehme Zurückhaltung zur Schau tragen und nicht so sehr auf eine soziale Vermischung erpicht sein, von der die anderen nichts oder sehr wenig wissen wollen. Andererseits hat der Antisemitismus in Deutschland Wirkungen, die man vom jüdischen Standpunkt begrüßen sollte. Ich glaube, daß das deutsche Judentum dem Antisemitismus seinen Fortbestand verdankt. Die religiösen Formen, welche früher die Vermischung der Juden und ihre Auflösung in ihre Umgebung verhindert haben, sind mit dem wachsenden Wohlstand und der wachsenden Bildung im Schwinden begriffen. So bleibt nichts anderes als dieser Gegensatz zur Umgebung übrig, den man als Antisemitismus bezeichnet, der eine Trennung im sozialen Leben herbeiführt. Ohne diesen Gegensatz würde die Vermischung der Juden in Deutschland schnell und ungehindert vor sich gehen.

Ich habe das an mir selbst beobachtet. Bis vor zwei Jahren lebte ich in der Schweiz und solange ich dort war, war ich mir meines Judentums nicht bewußt und war nichts in meinem Leben vorhan-

den, das auf meine jüdische Empfindung gewirkt und sie belebt hätte. Das änderte sich, sobald ich meinen Wohnsitz nach Berlin verlegte. Dort sah ich die Not vieler junger Juden. Ich sah, wie ihnen durch ihre antisemitische Umgebung unmöglich gemacht wurde, zu einem geordneten Studium zu gelangen und sich zu einer gesicherten Existenz durchzuringen. Insbesondere gilt das von den Ostjuden, die unaufhörlich Schikanen ausgesetzt sind. Ich glaube nicht, daß ihre Zahl in Deutschland eine große ist. Nur in Berlin gibt es vielleicht eine größere Anzahl. Dennoch ist ihre Anwesenheit zu einer Frage geworden, welche die deutsche Öffentlichkeit in wachsendem Grade beschäftigt. In Versammlungen, Konferenzen, Zeitungen drängt man auf ihre rasche Entfernung oder Internierung. Man gebraucht die Wohnungsknappheit und die wirtschaftliche Depression als Argumente zur Begründung dieser harten Forderungen. Man übertreibt diese Tatsachen geflissentlich, um die öffentliche Meinung gegen die ostjüdischen Einwanderer zu stimmen. Man macht die Ostjuden zum Sündenbock für alle Gebrechen des heutigen deutschen wirtschaftlichen Lebens und für alle Nachwehen des Krieges verantwortlich. Die Stellungnahme gegen diese unglücklichen Flüchtlinge, die sich aus der Hölle, die Osteuropa heute bedeutet, gerettet haben, ist zu einem wirksamen politischen Kampfmittel geworden, das von allen Demagogen erfolgreich angewendet wird. Ich habe, als die Austreibung der Ostjuden von der Regierung erwogen wurde, eine Lanze für sie gebrochen und im „Berliner Tageblatt" auf die Unmenschlichkeit und Unvernunft dieser Maßregel hingewiesen.

Zusammen mit einigen Kollegen, Juden und Nichtjuden, veranstaltete ich Universitätskurse für Ostjuden, und ich möchte hinzufügen, daß wir in dieser Tätigkeit die offizielle Anerkennung und volle Unterstützung seitens des Unterrichtsministeriums genossen.

Diese und ähnliche Erlebnisse haben in mir das jüdische nationale Gefühl geweckt. Ich bin in diesem Sinne nationaler Jude, daß ich die Erhaltung der jüdischen oder irgendwelcher Nationalität als Selbstzweck fordere. Ich betrachte die jüdische Nationalität als eine Tatsache und bin der Meinung, daß jeder Jude aus dieser Tatsache die Konsequenzen ziehen muß. Ich erachte die Hebung des jüdischen Selbstbewußtseins auch im Interesse eines natürlichen Zusammenlebens mit den Nichtjuden gelegen. Das war das Hauptmotiv meines Anschlusses an die zionistische Bewegung. Für mich ist der Zionismus nicht etwa bloß eine auf Palästina gerichtete kolonisatorische Bewegung. Die jüdische Nation ist eine lebendige Tatsache in Palästina sowohl wie in der Diaspora und der jüdische Nationalismus muß in Palästina sowohl wie in allen gegenwärtigen Wohnländern zur Entfaltung gebracht werden.

Seine Nationalität in der Diaspora zu verleugnen oder nicht zu betätigen, ist eine schlechte und halbe Sache. Wenn man auf dem Standpunkt steht, seinen Nationalismus nur auf Palästina zu beschränken, dann verneint man die Tatsache der Existenz des jüdischen Volkes und in diesem Falle sollte man den Mut haben, alle Konsequenzen aus dieser Anschauung zu ziehen, und die schnellste und vollkommenste Vermischung anstreben und durchführen.

Wir leben in einer Zeit der Übertreibung des Nationalismus. Mein Zionismus schließt nicht kosmopolitische Anschauungen aus. Ich gehe von der Realität der jüdischen Nationalität aus und glaube, daß jeder Jude Pflichten gegenüber seinen Mitjuden hat. Die Bedeutung des Zionismus ist übrigens vielfacher Art. Er eröffnet heute vielen Juden, die in der ukrainischen Hölle schmachten oder in Polen ökonomisch verkommen, Aussichten auf eine menschenwürdigere Existenz. Durch die Zurückführung der Juden nach Palästina und ihre Rückkehr zu einem gesunden, normalen Wirtschaftsleben bedeutet der Zionismus eine produktive Tätigkeit, welche die menschliche Gesellschaft bereichert. Aber die Hauptsache ist, daß der Zionismus die für die Existenz der Juden in der Diaspora notwendige Würde und ihr Selbstgefühl stärkt. Ich habe die würdelose Anpassungssucht vieler meiner Standesgenossen immer als sehr abstoßend empfunden.

Durch die Gründung eines freien jüdischen Gemeinwesens in Palästina wird das jüdische Volk wieder in die Lage kommen, seine schöpferischen Fähigkeiten zu ungehinderter und voller Entfaltung zu bringen. Durch die Errichtung der hebräischen Universität und ähnlicher Institute wird das jüdische Volk nicht bloß seine eigene nationale Renaissance herbeiführen, sondern Moral, Kultur und Wissenschaft bereichern und wie vor Jahrtausenden in neue, bessere Bahnen lenken.

(„Wiener Morgenzeitung".)

Aus der jüdischen Welt

Palästina

Palästinensische Industrie. In dem Jüdischen Volksblatt (Novisad, Jugoslawien), heißt es in einem Reisebericht von Balins Kovacs: Die Industrie war bisher in Palästina eine sehr geringe und der Bedarf wurde größtenteils vom Auslande gedeckt. Die Araber kochten Hausseife, aber die besseren Sorten mußten eingeführt werden. Tonwaren werden in Hebron und Jerusalem erzeugt, aber größtenteils aus Damaskus eingeführt. Handwerke gibt es da: Schuster, Schneider, Tischler, Blechner, Besenbinder, Korbflechter. Bisher gab es keine Fabriken, da der Konsum ein sehr geringer war. Im Lande wohnen zirka 600 000 Araber, die sehr schwache Konsumenten sind. Und auch die Juden waren bisher arm und konnten nicht viel konsumieren. Jetzt ist die Lage eine ganz andere. Der hohe Einfuhrzoll begünstigt die heimische Produktion, nur ist die Beschaffung von Brennmaterialien noch schwierig. Wenn aber die Ruthenbergschen Elektrizitätswerke fertig sein werden, dann wird die Lage leichter sein. Es werden dort außer den Ruthenbergschen Werken die Wasserfälle reichlich ausgenützt, so bei Tel Awiw, wo eine Ziegelfabrik ist, die 50 000 Ziegel täglich erzeugt. Dieselbe Gesellschaft baut in Jaffa eine Zementfabrik. In Jaffa besteht eine Lodzer Textilfabrik mit 100 To. Maschinen, ferner eine Warschauer Möbelfabrik, eine Rigaer Konserven- und Schokoladefabrik, alles fachmännisch und erstklassig eingerichtet. Alle diese Unternehmungen werden riesige Geschäfte machen. Eine große Zigarettenfabrik bauen amerikanische Juden. Große Zukunft hätte eine Spiritus-, Hefe-, Essig-, Liqueur-, Schuhpasta-Fabrik, Hotel, Kaffeehaus, Badeanstalt und Lederfabrik, Toiletteseife, Ölraffinerien hätten dort große Zukunft. Man könnte den Asphalt des Toten Meeres, außerdem den Jod- und Bromgehalt desselben verwenden. Tinte und Farbwaren, Knopffabrik könnte sehr gut gedeihen. Brunnenbohrungen sind jetzt im Beginn, und auch hier wäre noch vieles zu schaffen.

Die Arbeiterbank für Palästina genehmigt. Wie aus Jerusalem gemeldet wird, hat die palästinensische Regierung das Statut der neuen Arbeiterbank genehmigt. (Ziko.)

Organisierung der Arbeiter in Jaffa. Die aus 700 Köpfen bestehende Arbeiterschaft in Jaffa wurde nach Gewerkschaften organisiert. Es wurde ein fünfzehngliedriges Komitee gewählt, welches zwischen der Arbeiterschaft in Jaffa und der allgemeinen Arbeiterorganisation Palästinas die Verbindung aufrechterhalten soll.

Menorahfund in Palästina. Bei den Ausgrabungen in der Nähe von Tiberias, die von der Jüdischen Archäologischen Gesellschaft unter Leitung von Dr. Sloutsch unternommen werden, wurde ein weiterer Raum freigelegt, in dem sich verschiedene Marmorgegenstände, Inschriften, Tafeln, Mosaiken usw. vorfanden. Es wurde ferner eine Menorah (siebenarmiger Leuchter) gefunden, der den Beschreibungen der Bibel entspricht, und den Dr. Sloutsch als aus der Zeit vor der Zerstörung des Tempels stammend hält. Es handelt sich um eine echte Menorah, wie sie im Tempel benutzt wurde. (Ziko.)

Rußland

Antisemitische Szenen in der russischen Nationalversammlung von Paris. In der letzten Sitzung der jetzt hier tagenden russischen Nationalkonferenz kam es während der Rede Dr. Pasmaniks, der gegen die Denikinschen Pogrome auftrat, zu antisemitischen Szenen, die einen peinlichen Eindruck machten. Die Vertreter der Rechtsparteien versuchten durch Lärm und antisemitische Zwischenrufe den Redner an seinen Ausführungen zu hindern und forderten den Vorsitzenden auf, ihm das Wort zu entziehen. Pasmanik schloß seine Rede mit dem Ausruf: „Ihr werdet nie imstande sein, Rußlands Glück auf jüdischem Blute aufzubauen."

Trotzdem ließ sich Dr. Pasmanik zusammen mit Sliosberg in die Exekutive des russischen nationalen Kongresses wählen.

Die jüdische Auswanderung aus Sowjetrußland. Zufolge einer hier von Mr. Balkin, dem Vertreter des ukrainischen Verbandes in Kanada, der sich jetzt in der Ukraine aufhält, erhaltenen Nachricht gestatte die Sowjetregierung auf Einschreiten der Poale Zion 12000 Flüchtlingen, die Grenze bei Raszkow zu überschreiten. Es erübrigt noch, die Bewilligung der rumänischen Regierung zum Passieren des rumänischen Gebietes zu erwirken. Balkin wandte sich telegraphisch an den amerikanisch-jüdischen Kongreß und die „Hias" mit dem Ersuchen, die diesbezügliche Erlaubnis bei der rumänischen Regierung zu erwirken.

Feuilleton

Froschgeschichten.

1. Der König und der Frosch.

Unsere Altvordern erzählen vom König David, daß er eines Tages von sich rühmte: „Wer ist, der den Schöpfer mit erhabeneren Worten gelobt hätte, als ich? In tausenden ewiger Lieder habe ich seine Herrlichkeit gepriesen." Dieses hörte ein Frosch im nahen Sumpf. „Welche Überhebung!" quakte er. „Auch ich lobe den Schöpfer am Morgen und am Abend mit den herrlichsten Gesängen, und auf jedes meiner Lieder kann man dreitausend Gleichnisse dichten." — Ein König, der sich aufbläht, wird immer einen Frosch finden, der sich ihm ebenbürtig fühlt.

2. Wandlungen.

Im Zeitalter des Kapitalismus ist das Märchen unmöglich geworden. Der durch Berührung mit dem goldenen Zauberstab in einen Frosch verwandelte Prinz kann nie wissen, ob die Prinzessin, die ihn heiratet, nicht eine durch denselben Zauberstab verwandelte Kröte ist.

3. Standpunkte.

„Niveau ist die Hauptsache," predigte ein Frosch, der auf dem Schlamm saß. Da erblickte er eine Schlange, die nach ihm schnappte. „Zuweilen allerdings kann man nicht tief genug sinken," setzte er seine Betrachtung fort, indem er dem Boden des Sumpfes zustrebte.

4. Mimikry.

Ein Laubfrosch fiel in einen Graben, in dem Wasserfrösche lebten. Sofort nahm er die Farbe seiner Umgebung an. „Weshalb machst du dich braun?" fragten die Frösche. „Weil ihr mir nicht grün seid," erwiderte der Laubfrosch.

5. Der Schutz der Schwachen.

Ein Frosch sah, wie eine Spinne eine Fliege umgarnte. „Armes Tier," seufzte er, Tränen des Mitleids vergießend. Dann verschluckte er die Fliege samt ihrer Peinigerin.

6. Lebensregel.

Im Sumpf muß man immer mit der Mehrheit quaken. Wer anders quaken wollte, würde ja doch nicht verstanden werden.

Gemeinden-u.Vereins-Echo

Blau-Weiß München. 2. Zug: Treffp. 26. Juni halb 8 Uhr Giesinger Bahnhof; Fahrt ins Heim (Abkochen, Milchreis!). Bei genügender Beteiligung Bahnermäßigung. Treffpunkt zur Bergfahrt Dienstag, 28. Juni, 6 Uhr abends Hauptbahnhof. Sämtliche Bibliothekbücher sind so bald wie möglich zurückzugeben.

Bei genügender Teilnehmerzahl werden ab 1. Juli d. J. von der Z.O.G. München **hebräische Kurse** für alle Stufen eingerichtet. Die Unterrichtszeit ist nachmittags von 12.30—3 Uhr und abends von 6—8 Uhr. Honorar 25—30 Mark mtl. für 2 oder mehr Wochenstunden.

Meldungen umgehend an das Büro der Zion. Ortsgruppe, Wagmüllerstr. 19.

Gesinnungsgenossen und Freunde, die ihre Sommerferien in einem bayerischen Badeorte verbringen, werden gebeten, Namen und Adresse möglichst unter Angabe der in Betracht kommenden Zeit im Büro der Z.O.G. München, Wagmüllerstraße 19, zu melden.

Spendenausweis

Münchener Spendenausweis.

Nationalfonds. Apotheker Harwig Lewin u. Frau kond. Dr. M. J. Gutmann 5.—; Familie Bothie grat. herzl. z. Verl. Kleinhaus-Bacharach 5.—; Herr Conitzer-Hamburg 10.—; Dr. Joseph Schäler kond. herzl. Dr. M. J. Gutmann 5.—; Jos. Schachno u. Fr. desgl. 5.—; Justin Lichtenauer u. Frau grat. Apoth. Lewin u. Frau u. kond. Dr. M. J. Gutmann 10.—; Fritz Wolf grat. herzl. z. Verl.

Walter Preuß-Bella Hamburger u. z. Vermählung Maenne-Roehr 10.—; Ungenannt durch Dr. Julius Siegel 52.—.

Goldenes Buch:

K.J.V. München auf die Namen der Jaffaer Pogromopfer: Sammlg. anl. Präsidialbesuch 111.—.

Leo u. Mathilde Niclas, sel. Ang. Ulm a. D. Fridel u. Siegfried Freund grat. allen, die sich in letzter Zeit verlobt und verheiratet haben und dank. für erwiesene Aufmerksamkeiten 50.—.

Meta Moch, München. Dr. J. Taubes u. Frau grat. zur Verlobung Moch-Harburger und Avigdor-Ruppin 10.—.

Julius Gutmann, sel. Ang., Gunzenhausen. Apoth. Harwig Lewin u. Frau dank. f. erwiesene Aufmerksamkeiten anl. der Geburt ihres Sohnes 1 B. 25.—; Edgar Kaufmann grat. Kathryn, Helen und Sidney Rieser 1 B. 25.—.

Bertha u. Leopold Ambrunn, München Garten. Bertha u. Leopold Ambrunn-München a. d. Namen ihrer Tochter Edith Hanna 4 B. 100.—; dieselben danken allen Gratulanten 1 B. 25.—.

Büchsenleerungen. Sigmund Lyon 5.—, Frau Strauß 5.—, Trude Kochmann 29.37, Alma Markowitz 25.71, Jenny Hanemann 14.75, Aenne Flörsheim 10.60.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Fett 500.—, Rakower 20.—, S. Friedrich u. Frau und Fam. Schwarzwald-München grat. Fam. S. Friedrich-Stuttgart z. Geb. ihres Töchterleins, D. Wintergrün u. Frau-Pforzheim z. Geburt ihres Stammhalters, desgl. Fam. S. Kaiser (unlieb verspätet), Fam. Ch. Hojda zur Barmizwah ihres Sohnes Max 20.—.

Bikur Cholim. Grajewsky Penzias anl. Brith Miloh 35.—; Gusti Blasbalg geb. Barber, zum 29. März 1921 im Sinne ihrer l. sel. Eltern 50.—; Käthi Barber anl. d. Jahrzeit ihres sel. Vaters am 4. Ijar 25.—.

Verantwortlich für die Redaktion: Meta Moch, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.